



Österreich



Asyl: Gleiche Rechte für alle statt übler Hetze

Die ÖVP versucht die FPÖ rechts zu überholen. Die SPÖ schweigt, die Grünen bleiben bei halbherzigen Publicity-Aktionen. Gibt es keine Chance, die rassistische Stimmung, die teilweise herrscht, zu verändern? Mit einer Kampagne, die soziale Fragen aufgreift, kann dem Rassismus Einhalt geboten werden. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Wer ist schuld an steigenden Preisen?

Wirtschaftsforscher warnen: Steigende Löhne treiben die Preise an. Sind wir also selbst schuld, dass alles teurer wird? VORWÄRTS zeigt auf, warum auch in dieser Frage, die Stärke der ArbeiterInnenbewegung entscheidend ist. SEITE 3

Schwerpunkt



1918-1938: Aufstieg und Fall einer Bewegung

Die österreichische ArbeiterInnenbewegung stand 1918 – 1938 mehrmals an der Spitze der europäischen Bewegung. Trotz mehrerer "Matchbälle" kam es zur bitteren Niederlage. Warum? SEITEN 4/5

Internationales



Kenia: Aufstand gegen offenen Wahlbetrug

Hunderttausende KenianerInnen setzten ihre Hoffnung auf die Abwahl des verhassten Präsidenten. Der ließ ungeübert die Wahlen manipulieren. Wut und Enttäuschung trieben die Massen auf die Straßen Nairobis. SEITE 7

Raus aus der Armutsfalle!

Privatisierung und Sozialabbau schadet Frauen besonders. Auch das Recht auf Abtreibung muss offensiv gegen ÖVP und Co. verteidigt werden!

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Am 8. März ist es wieder soweit: es ist Internationaler Frauentag. Die PolitikerInnen aller Parteien werden sich wieder in Frauenfreundlichkeit überschlagen. Tatsächlich ist nicht einmal das Recht auf Abtreibung gesichert, wie die Vorstöße der ÖVP zeigen. ÖVP-Generalsekretär Missethon will nämlich eine Zwangsberatung für Frauen, die sich für eine Abtreibung entschieden haben, einführen. Wir meinen: Ein ungeheuerlicher Versuch, Frauen zu entmündigen! Allgemein prägt Armut und Abhängigkeit von Frauen weiter die Realität. Eine EU-Studie ergab 2007 für Österreich:

Jede vierte Singlefrau gilt als armutsgefährdet

Hier Pressekonferenz und dort werden Blümchen verteilt. Auch wenn manch bürgerlicher Politiker den Frauentag mit dem Muttertag verwechselt, wird der Grundtenor derselbe sein: die Lohnschere zwischen Mann und Frau muss verkleinert werden, Beruf und Familie müssen vereinbar sein und Frauen sollen gefördert werden. Dasselbe hören wir Jahr für Jahr, aber an der miesen Lage von Frauen ändert sich nichts. Im Gegenteil: die Politik der letzten Jahre hat die Situation noch verschlechtert. "Mehr Privat, weniger Staat" ist das Dogma neoliberaler PolitikerInnen. Tatsache ist, dass Sozialabbau und Privatisierungspolitik Frauen besonders negativ betrifft.

SPÖVP: Viel Lärm um Nichts

Beim Kindergeld Neu werden Alleinerzieherinnen (und die wenigen Alleinerzieher) weiterhin benachteiligt. Vom vielgepriesenen Mindestlohn sind gerade eine Reihe von typischen Frauenberufen ausgenommen. Die neue Teilzeitregelung ist im Wesentlichen eine "Augenauswischerei". Sie hat so viele "Wenn-und-Aber", dass kaum jemand davon profitieren wird. Im Gegenteil kann es z.B. im Handel sogar zu Ver-

schlechterungen kommen. Um Überstunden zu verhindern werden einfach die Mittagspausen ausgedehnt. Konkret bedeutet das, dass z.B. Billa-Beschäftigte, die aus der Steiermark nach Wien pendeln, zwar früher anfangen, dafür aber eine längere Mittagspause haben, die sie unbezahlt in Wien absitzen müssen. Aber Regierung und Ge-

können. Auch die neue Pflegeregelung trifft v.a. Frauen. Wie könnte eine Lösung zu Gunsten der Betroffenen aussehen? Die öffentliche Hand stellt die bisher illegalen PflegerInnen zu einem ordentlichen Gehalt und voll sozialversichert an. Diese sind als PflegerInnen in Privathaushalten oder human geführten Heimen tätig. Die Pflege wird

- ist das die Lösung? Es mag sein, dass Frauen in leitenden Positionen von solchen Netzwerken profitieren. Aber wie sieht das Netzwerk einer burgenländischen Arbeiterin aus? Oder einer Maturantin aus Vorarlberg? Oder einer alleinerziehenden Sekretärin aus Wien? Ihr fehlen meist die einflussreichen Freundinnen.



Auch heute noch ist Familie "Frauenarbeit" - dafür gibts im Job ein Drittel weniger Lohn

werkschaft klopfen sich auf die Schulter und behaupten, sie hätten "den Frauen geholfen".

Teilzeit = Armutsfalle

Über 40% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit (bei den Männern sind es gerade mal 6,5%). Warum? Nach wie vor fehlen zehntausende Betreuungsplätze in Krippen, Kindergärten und der Nachmittagsbetreuung. Es geht nicht um ein abstraktes "Recht auf Teilzeit", da Teilzeit oft zu niedrig bezahlt ist. Es geht um Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und das Recht auf einen Vollzeitarbeitsplatz.

Pflege Neu - auf dem Rücken von Frauen

Jeder Mensch hat das Recht, in Würde alt zu werden - theoretisch. Praktisch gilt das nur für jene, die es sich leisten

von der öffentlichen Hand finanziert. So sieht die Lösung der Regierung aber nicht aus. Stattdessen werden PflegerInnen unter dem Vorwand der Legalisierung in eine Scheinselbstständigkeit getrieben. Für die Pflegebedürftigen ist die Pflege künftig noch schwerer zu finanzieren. Zu befürchten ist also, dass das "Buchinger-Modell" bedeutet: Die bisher illegalen PflegerInnen verlieren ihren Job und die Pflege der Angehörigen wird noch stärker als bisher von den Frauen der Familien gemacht.

Networking für weibliche Eliten oder gemeinsamer Kampf?

Aber es gibt auch Lösungen - Networking heißt das neueste Schlagwort. Frau muss bloß darauf achten, die richtigen Networkerinnen zu kennen. Die helfen dann bei der Jobsuche und anderem. Frauennetzwerke gegen Männerbünde

8. März - Kampftag der ArbeiterInnen

Am 8. März geht es nicht um Rosen und schöne Worte. Der 8. März ist ein Kampftag der Frauen für ihre Rechte. Darüber, wer mit wem gegen wen oder was kämpft, ist viel diskutiert worden. Für uns ist klar: unsere BündnispartnerInnen sind nicht Frauen wie Angela Merkel, Hillary Clinton, Ursula Plassnik oder Gabie Burgstaller. Sie alle haben ihre Unterschrift unter Maßnahmen gesetzt, die die Situation von Frauen verschlechtert haben. Mit wem betroffene Frauen gemeinsam für höhere Löhne, bessere Arbeitszeiten, ausreichende Kinderbetreuung, kostenlose Pflege und ähnliches kämpfen, ist weniger eine Frage des Geschlechtes als der gemeinsamen Interessen. Daher sollten gerade die Gewerkschaften den 8. März zum Anlass nehmen, sich für Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn und gegen Sozialabbau entschieden einzusetzen.

Dafür muss der ÖGB kämpfen:

- Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei einem Mindestlohn von 1100.- netto.
- Kostenlose Kinderbetreuung für jedes Kind
- Umfassende kostenlose Pflege für alle, die sie brauchen

Von diesen Maßnahmen profitieren Frauen mehr als von schönen Reden. Sie zu erreichen braucht es kämpferische Gewerkschaften und eine Partei, die die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und sozial schwachen wirklich vertritt. Denn eine echte ArbeiterInnenpartei ist die beste Frauenpartei.

Der Standpunkt**Graz: Absage an Extremismus? Keine bundesweite Bedeutung?**

von Sonja Grusch,
SLP-
Bundessprecherin

So könnte man die Wahl in Graz interpretieren. Aber: 11 % für eine KP-Kandidatur würde überall sonst als Wahlerfolg gelten. 12.000 Stimmen für eine offen rassistisch auftretende FPÖ sind ein Warnsignal. Und ist die SPÖ für ihre Umfaller-Politik auf Bundesebene abgestraft worden.

Aber: die größte Partei war jene der NichtwählerInnen, fast jeder Zweite ging gar nicht erst wählen. Das macht - vielleicht noch stärker als die 10.000 verlorenen Stimmen - die Fehler der KP-Steiermark deutlich. Die KP hat nicht verloren, weil Kaltenegger nicht mehr Spitzenkandidat war. Und auch nicht, weil es "Fehlinformationen" gab, die KP würde AusländerInnen bei der Vergabe von Gemeindewohnungen bevorzugen (O-Ton Kahr).

Die KP-Steiermark hat sich in den letzten Jahren erfolgreich bemüht, sich als "seriöse", "konstruktive" Kraft zu präsentieren. Und damit als "normale" Partei. Kaltenegger erklärt das Selbstverständnis in einem TAZ-Interview: "Wenn sich die Großen im Landtag nicht einigen, brauchen sie uns... In der täglichen Politik können wir uns auf der einen oder anderen Seite wieder finden."

Die KP-Graz hat ihren Wahlerfolg 2003 u.a. ihrer "Sozial"-Arbeit zu verdanken. Hilfe ist wichtig, aber in der Entwicklungsarbeit hat man längst erkannt - Hilfe zur Selbsthilfe ist besser. Die KP-Graz hat sich als Serviceorganisation und nicht als Kampforganisation präsentiert. Sie setzt auf Unterschriftenlisten und Anträge statt auf Aktivierung und Mobilisierung von wütenden ArbeiterInnen und Jugendlichen. Gemeinsamer Kampf gegen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau wäre das beste Mittel gegen die rechtsextreme FP-Hetze. Leider setzt die KPÖ lieber auf "besonnene kommunalpolitische Arbeit". Vielleicht auch das ein Grund, warum die Grünen für manche KP-WählerInnen attraktiver waren. In Graz gab es zwei erfolgreiche Demonstrationen gegen die FPÖ-Hetze. Aufgabe der KP wäre es gewesen, an der Spitze dieses Widerstandes zu stehen und ihn mit den sozialen Anliegen und Kämpfen von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen zu verbinden.

Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Redaktion: Sozialistische LinksPartei
(SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die
SLP ist eine politische Partei, deren
Vertretung nach Außen durch Bundes-
sprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die
Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John
Evers inne. Grundlegende Richtung:
Sozialistische Information im Sinne der
Programmatik der SLP. **Sitz der Partei:**
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11;
Auflage: Je nach Thema unterschiedlich.
Druck: Druckerei Fiona, Wien;
Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202
Zulassungsnr.: 327808W97U
Abos & Spenden: PSK 8812.733

*Für eine neue Bewegung gegen Abschiebungen und Rassismus!***Gleiche Rechte für Alle!**

von Herbert Wanko,
Betriebsrat (GMTN)

Asylsuchende, die vor dem Terrorkrieg in ihrer Heimat fliehen, werden von einem Bundesland ins nächste abgeschoben. Weil einzelne strafällig werden, sollen nach dem Prinzip der Sippenhaftung alle tschetschenischen Flüchtlinge von Oberösterreich nach Polen abgeschoben werden. Da Polen eine noch restriktivere Asylpolitik betreibt, droht ihnen die Ablehnung ihres Asylantrages und weitere Abschiebung. Die österreichischen PolitikerInnen werden dann jede Verantwortung zurückweisen, da die Flüchtlinge von Österreich ja nur nach Polen abgeschoben wurden. Diese rassistische und menschenverachtende Vorgehensweise fügt sich nahtlos an die seit Jahren praktizierte Verschärfung der Asyl- und Zuwanderungsbestimmungen an.

Grenzenloses Europa? Abschottungspolitik!

Seit vielen Jahren hat sich eine immer schärfere Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik durchgesetzt. Und obwohl es regelmäßig Kritik an der österreichischen Asyl- und Fremdenpolitik von vielen sozialen und politischen Organisationen und sogar vom UN-Flüchtlingskommissariat hagelt, ist eine Änderung dieser Politik nicht zu erwarten. Um für Flüchtlinge und MigrantInnen - die ja keineswegs gerne ihr Land verlassen, sondern diesen Schritt als letzten Ausweg sehen und dabei oft ihr Leben riskieren - einen menschenwürdigen und lebenswerten Aufenthalt zu ermöglichen, reichen schon ganz einfach umzusetzende kurzfristige Maßnahmen. Doch SPÖ und ÖVP

nehmen ihnen auch noch die letzten Rechte; wie etwa durch die Abschaffung der Berufungsmöglichkeiten bei den Höchstgerichten.

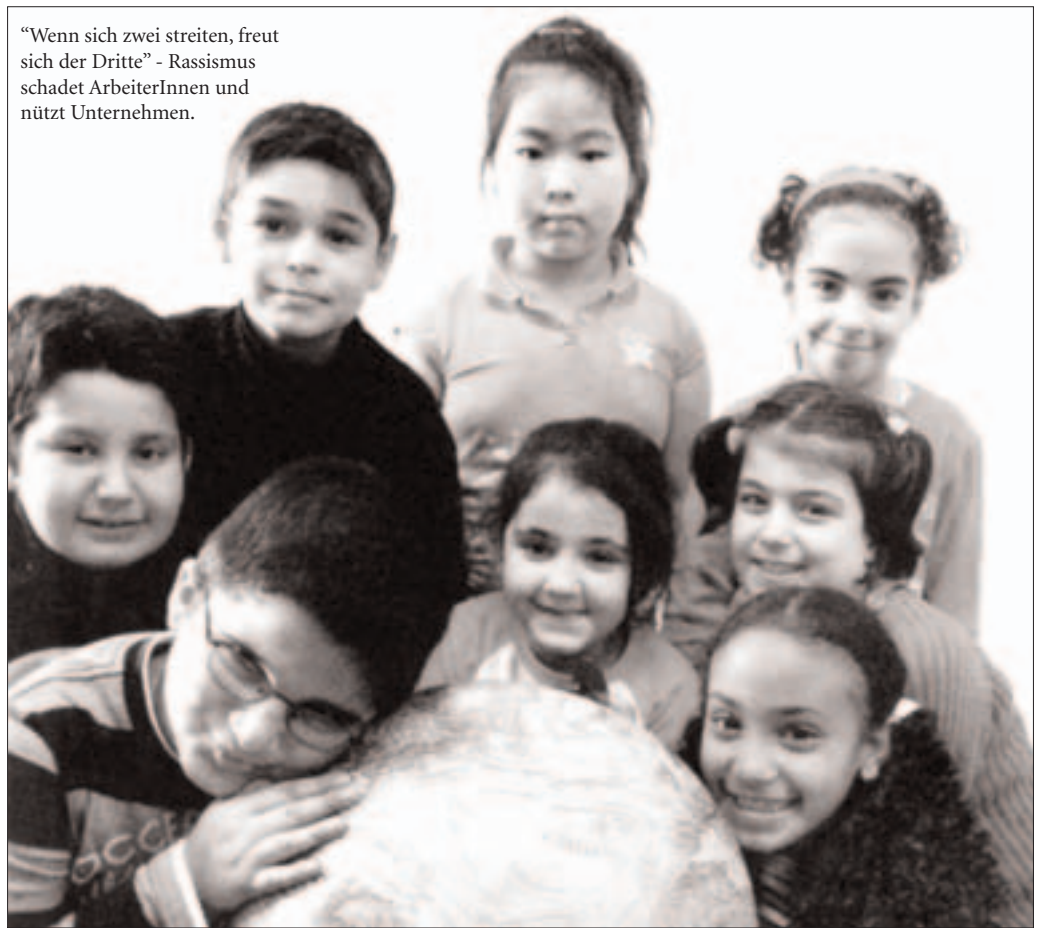
Flüchtlinge dürfen nicht wie Kriminelle behandelt werden ...

... und in desolate, überfüllte Lager gepfercht werden. Ihre Bewegungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden. Menschen die hier leben müssen die gleichen Rechte wie ÖsterreicherInnen besitzen. Dazu gehört zum Beispiel das Recht auf Arbeit, welches für viele einer der wichtigsten Punkte ist. Und das Recht auf kollektivvertragliche Bezahlung und gleiche Sozialstandards. In der heutigen Situation sind Flüchtlinge auf Almosen angewiesen und können - oder besser gesagt - dürfen ihr Leben nicht selbst bestimmen. Da sie auch keinen sinnvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben leisten dürfen, wird ihnen Nutzlosigkeit und Minderwertigkeit suggeriert. Gleichzeitig finden sie sich als Rechtlose ungewollt in der Rolle als Lohndrücker wieder. Außerdem sind sie vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen und haben kaum sinnvolle Möglichkeiten, ihre Freizeit zu gestalten.

Wie gut sind die "Gutmenschen" wirklich?

Dieses Grundrecht - "Gleiche Rechte für alle, die hier leben" traut sich aber keine der größeren Organisationen oder Parteien zu thematisieren. Auch die Grünen, die sich als AnwältInnen von MigrantInnen präsentieren und als solche von vielen gewählt werden, halten sich inhaltlich mehr als zurück. Am Höhepunkt der Solidaritätswelle für Arigona mobilisierten sie

"Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte" - Rassismus schadet ArbeiterInnen und nützt Unternehmen.



gerade einmal für (O-Ton): "Serious Diskussion über eine gesetzliche Bleiberechtsregelung auf Basis des grünen Gesetzesvorschlages". In der grünen Migrationspolitik an sich, gilt ohnehin das Primat des Kapitals. Das grüne "Punktesystem zur Steuerung der Erwerbsmigration" - rein darf nur, wen die Wirtschaft braucht - könnte ebenso von der Wirtschaftskammer oder der Industriellenvereinigung kommen.

Welche Bewegung brauchen wir (nicht)?

Die Plattform "Wir sind SPÖ" erkennt zwar, dass die SPÖ-Spitze in Wahrheit der Meinung ist, "dass die Probleme im Asylgesetz lediglich im Vollzug liegen, nicht im Gesetz selbst." Sie will sich aber

trotzdem darauf beschränken, Platter "das Handwerk zu legen". Geradezu nach hinten losgegangen ist demgegenüber sogar die Pressekonferenz der NÖ-Grünen am 14.11.07 mit der von Abschiebung bedrohten Familie Zeqaj. Ohne sich um Schutz für die, von der Fremdenpolizei gesuchte, Familie zu kümmern, wurde Safete Zeqai de facto in aller Öffentlichkeit an die Behörden ausgeliefert. Bereits diese zwei Beispiele zeigen, dass wir in Form und Inhalt etwas anderes brauchen, als halbherzige Kritik an der Regierung, welche die SPÖ schon oder Methoden, welche Widerstand mit PR-Gags verwechseln. Die SLP tritt für eine Bewegung ein, die inhaltlich nicht nur für gleiche Rechte, sondern für einen gemeinsamen Kampf um Ver-

besserungen der Lebenssituation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen unterschiedlicher Nationalität eintritt. Verteidigungskomitees in Orten, an Schulen, Unis und Betrieben sind ein Instrument. Hier sind besonders die Gewerkschaften gefordert. Methodisch muss eine solche Bewegung es ernst meinen mit der Verteidigung von Menschenrechten: Verhinderung von Abschiebungen durch Blockaden, betriebliche Widerstände und Mobilisierungen gegen Rassismus. Dies wird sicher nicht gleich und überall möglich sein. Aber schon ein paar exemplarische Erfolge gegen das Unrecht der Regierung können das gesellschaftliche Klima langfristig drehen.

*Wie können wir Kindesmisshandlungen vorbeugen?***Kindererziehung ist keine Privatsache!**

von Karin Wottawa,
Pädagogin

Die Nachricht, dass ein Kind misshandelt wurde, trifft jeden sehr tief. Wir sind fassungslos, entsetzt, wütend. Man fragt sich "wieso" und "wer" versagt hat. In den bürgerlichen Medien werden Fälle von Kindesmisshandlung oder Missbrauch bis ins letzte Detail ausgereizt, und in Institutionen des psychosozialen Bereichs klingeln die Telefone.

Nach der Frage wer versagt hat, stellt sich aber doch vielmehr die Frage, was hilfreich ist

Klar ist - Kindesmisshandlung ist nicht entschuldigbar. Aber nach den Ursachen, muss gesucht werden. Und die

liegen im gesellschaftlichen Versagen mindestens genauso, wie im privaten.

Dank einer Sensibilisierung ist Kindeswohl heute offiziell ins Zentrum des Interesses gerückt. Es gibt zahlreiche Unterstützungsangebote und ein Werben rund um junge Eltern und deren Kinder. Der Markt an Erziehungsratgebern boomt. Warum können dann viele Familien dennoch nicht erreicht werden, warum scheint Erziehung und die Beziehung zum Kind dann in vielen Fällen derartig an ihre Grenzen zu stoßen?

Das Erziehungs-Geschäft boomt - die Möglichkeiten der Betroffenen nicht

Die Betroffenen sind oft

überfordert: Stress im Job, keine Zeit, kein Geld und keine Erfahrung mit Kindern. Und die sind eben nicht immer lieb, still und brav. Erziehung gilt immer noch als Privatsache. Wir lernen zwar Autofahren, nicht aber "Erziehung".

Den öffentlichen Institutionen fehlen immer stärker die Ressourcen. Konzepte gäbe es, aber das Geld fehlt. Aber gerade Familien, die am sozialen Abgrund stehen, haben ebenso keine Ressourcen die vielen Angebote, die es für sozial besser gestellte Familien gibt, zu nutzen. Sie sind in ihrer individuellen Situation oft massiv eingeschränkt, und das auf mehreren Ebenen. Es bestehen oft keine ausreichenden finanziellen Mittel, um Zugang zu Angeboten zu bekommen.

Und gerade sozial schwache Familien haben oft eine große Hemmschwelle, sich Unterstützung zu holen und auch Probleme dabei, einzuschätzen, was sie wirklich brauchen. Es herrscht oft ein hohes Maß an sozialer Angst, sich neuerlich zu stigmatisieren und der Wunsch, wenigstens bei der Kindererziehung zu zeigen, allein zurecht zu kommen.

Grundlegender Wandel notwendig

Um Eltern und Bezugspersonen in der Erziehung von Kindern wirklich unterstützen zu können, bedarf es eines "Gesamtumdenkens". Sich helfen lassen steht im Widerspruch zur Ideologie der Elitenbogengesellschaft. Es

braucht flächendeckende und gemeindenahere, pädagogisch fundierte Angebote, wo klar ist: "Ich kann dorthin, dort wird mir geholfen. Ich komme nicht auf die Idee mich schämen zu müssen. Ich werde als Mensch angenommen, ich gehe gern dorthin, weil das gibt mir Energie, Lust und Freude, und meinem Kind tut's auch gut."

Kindererziehung ist eine gesellschaftliche Aufgabe - dann können individuell problematische Situationen in der Erziehung besser abgefangen werden. Dann gibt es auch Raum für die schönen Momente, sodass sich die Beziehung zum Kind insgesamt entspannen könnte, und Gewalt der Boden entzogen wäre.

Höhere Löhne = höhere Preise?

Wie wir gegen Inflation kämpfen

Vor den Lohnrunden im Herbst haben die Unternehmen vor höheren Lohnabschlüssen gewarnt - "um die Konjunktur nicht zu gefährden". Nun argumentieren sie, dass angesichts der Teuerung von 3,6 Prozent im Dezember keine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt werden dürfe. Nur: Die Armutsspirale nach unten ist ihnen dabei egal.

Laura Rafetseder, SLP-Wien

Sinkende Lohnquote, stagnierende Reallöhne

Die Herbstlohnrunde hat für die bisherigen Abschlüsse scheinbar relativ gute Ergebnisse erzielt - auf den ersten Blick. Die Metaller - mit 3,6% (plus 200,- Euro Einmalzahlung) - befinden sich an der Spitze, die übrigen Abschlüsse liegen aber bereits meist um oder sogar unter 3%. Das ist zwar mehr als in den letzten Jahren. Angesichts der Gewinnsteigerungen in vielen Branchen im Jahr 2007 trotzdem ein Schlag ins Gesicht für die Beschäftigten. Denn selbst die höchsten Abschlüsse blieben unter Minister Buchingers (!) Forderung von 4%. Und: Die Lohnquote (das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt) ist seit 1999 von 72 % auf 64,5% 2007 gesunken, und

wird von 2007 auf 2008 vermutlich weiter auf 63,9 sinken (Quelle: Statistik Austria, AK ÖÖ). Deutlicher kann die defensive Lohnpolitik der Gewerkschaften in der Vergangenheit nicht ausgedrückt werden.

Wie aussagekräftig ist die Inflationsrate wirklich?

In Österreich betrug die Inflationsrate im Dezember 2007 bei 3,6 Prozent, der höchste Wert seit 1993 (Quelle: ÖNB). Die "gefühlte" Inflation ist aber wesentlich höher. Die Inflationsrate wird auf Basis eines Warenkorbs berechnet, in dem auch Güter eingeschlossen sind, die sich niedrige Einkommen nicht leisten können. Laut Verbraucherpreisindex stiegen die Lebensmittelpreise in den ersten 10 Monaten 2007 um durchschnittlich 3,6%, im November sogar um 6,6%. Die Waren



sind außerdem unterschiedlich stark gewichtet - das heißt Wohnen macht zum Beispiel für viele einen höheren Anteil der Ausgaben aus, als im Warenkorb berücksichtigt. Für die niedrigen Einkommen bedeutet das, dass sie viel stärker von Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Waren, die die Grundbedürfnisse abdecken, betroffen sind. Wenn also die Löhne nur um die Inflationsrate steigen, sinkt in Wirklichkeit die Kaufkraft der niedrigen Einkommen. Was für die Löhne gilt, gilt natürlich auch für Sozialleistungen - gerade Leistungen, die als Fixbeträge ausgezahlt werden,

werden nicht regelmäßig an die Inflation angepasst. Das Pflegegeld z.B. ist seit 1994 real gesunken: Pflegegeld-BezieherInnen der Stufe 1 mussten einen Kaufkraftverlust von 34,31% hinnehmen (Quelle: Ö. Hilfswerk).

Lohn-Preis-Spirale??

Die Wirtschaft warnt vor höheren Lohnabschlüssen mit der Begründung, dass das die Preise weiter in die Höhe treiben würde. Die sogenannte "Lohn-Preis-Spirale" wird dabei von den Unternehmen als Schreckgespenst benützt, um die ArbeiterInnenklasse von

höheren Lohnforderungen abzuhalten. Tatsächlich reduzieren höhere Löhne zunächst lediglich die Profite der UnternehmerInnen. Ob das durch Preissteigerungen an die ArbeiterInnen weitergegeben wird, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen beiden Seiten. Geringere Lohnerhöhungen oder gar ein Einfrieren der Löhne wären demnach auch kein wirksames Mittel gegen Inflation, sondern in erster Linie ein Abwälzen des Problems auf die ArbeiterInnenklasse. Genau das ist übrigens z.B. durch die "Lohn und Preisabkommen" in Österreich am Beginn der Zweiten Republik.

Gleitende Lohnskala - Reallohnsteigerung - Vergesellschaftung!

Was ist also die sozialistische Antwort auf Preissteigerungen? Letztlich kann man gegen die Inflation aus Sicht der ArbeitnehmerInnen nur mit der Forderung nach einer gleitenden Lohnskala kämpfen. Etwas Ähnliches gab's lange Zeit in Italien, aber auch teilweise in Österreich in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg - in einer Phase wo die ArbeiterInnenbewegung trotz Wirtschaftskrise in der Offensive war. Damit werden die Löhne in jedem Fall automatisch um die Inflationsrate erhöht. Darüberhinaus gilt es Lohnabschlüsse zu erzielen, die eine tatsächliche Verbesserung des Lebensstandards auch spürbar machen - also Reallohnsteigerungen. Damit würde letztlich auch die Lohnquote - und damit die Position der Klasse in der Gesellschaft - verbessert. Für die Gewerkschaft war es lange Jahre ein Ziel, auch die Produktivitätssteigerungen abgegolten zu bekommen. Auch von diesem Ziel haben sie sich offensichtlich verabschiedet. Um Inflation dauerhaft zu bekämpfen wäre eine - sozialistische - Wirtschaft nötig, in der es nicht um Profite, sondern um Bedürfnisse geht.

Postämter sperren, Gewinne steigen

Magerer Lohnabschluss, Arbeitsplatzunsicherheit bleibt

von Markus Klostermann, SLP-Salzburg

Die Post ist nicht pleite. 2001-2006 stieg der jährliche Gewinn von 23 auf 99 Millionen Euro. Trotzdem sind weitere Kündigungen geplant. Im Herbst 2007 wurden erneut Postämter geschlossen.

Da der Staat noch immer mit 51% die Aktienmehrheit bei der Post hat, ist er an und für sich noch immer gefordert, die Arbeitsplätze und die flächendeckende Versorgung Österreichs sicherzustellen. Von Regierungsmitgliedern wird die Verantwortung trotzdem mit Verweis auf den "freien" Markt und ähnlichem abgewiesen. Die Zufriedenheit der AktionärInnen zählt für sie offenbar mehr als die Bedürfnisse der Beschäftigten und KonsumentInnen.

Die Streikdrohungen der Postbediensteten waren Mitte Dezember 2007 mit der Einigung auf eine Lohnerhöhung von 3,0% vom Tisch. Nach den schwachen Abschlüssen der Vorjahre, die immer weit hinter den Gewinnsteigerungen zurücklagen, ist klar, dass mehr drin gewesen wäre.

Arbeitsplätze nicht gesichert!

Über die geplanten Kündigungen von weiteren Postle-rInnen gab es zuletzt widersprüchliche Aussagen - mal sind 1700, mal 2700 Stellen betroffen. Dann heißt es wieder, es soll gar keine Kündigungen geben. Dabei wird es aber mit Sicherheit nicht bleiben. Post-Chef Anton Wais hielt Mitte Dezember fest, dass ein Abbau der Vollzeitstellen von 22.700 auf 20.000 "nötig" sei, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Als Begründung wird gerne die Liberalisierung des europäischen Postmarkts genannt. Seit 1. Jänner 2003 sind Briefe ab 100g dem freien Markt zugänglich. Der für die Post "reservierte" Bereich, der die flächendeckende Versorgung Österreichs garantieren sollte, wurde mit 2006 auf Briefe bis 50g weiter eingeeengt.

Das hält die Post AG jedoch nicht davon ab, im Ausland auf Shopping-Tour zu gehen. 2002 wurden die slowakischen Paketgesellschaften Slovak Parcel Service (SPS) und In-Time aufgekauft, 2003 die kroatische Overseas Trade, Feibra Ungarn 2005, außerdem die deutsche

meiller direct GmbH im letzten Jahr.

Die BürokratInnen an der Spitze der Gewerkschaften sind maximal in ihren Ansprüchen kämpferisch. Deshalb ist es enorm wichtig, Widerstand an der Basis zu organisieren. Eine BetriebsrätInnenkonferenz wäre ein erster wichtiger Schritt. Als weiterer könnten Komitees zur Verteidigung gegen die Angriffe in den einzelnen Postzweigstellen gewählt werden.

Die SLP fordert:

- ▶ Keine Kündigungen, auch nicht getarnt als "natürlicher Abgang"
- ▶ Keine Schließung von Postämtern
- ▶ Keinerlei Verschlechterungen für die Beschäftigten
- ▶ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Personalabbau und erhöhtem Arbeitsdruck
- ▶ Rückverstaatlichung der privatisierten 49% der Post AG unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten
- ▶ Konsequente Vertretung der Belegschaft durch die Gewerkschaft, keine Kompromisse.

SLP startet kämpferische Betriebsarbeit

Die MCE ist in der Energie-, Industrie- und Gebäudetechnik sowie im Stahl-, Maschinen- und Apparatebau tätig. Die Kernbereiche gehörten ursprünglich zur damals noch staatseigenen VOEST-ALPINE. Mit dem Verkauf an Andlinger & Co 2001 kam die Gruppe zu 100 % in private Hände. Inzwischen gehört sie mehrheitlich einem deutschen Heuschreckenfonds.

Die Firmengruppe mit etwas über einer Milliarde Jahresumsatz hat mehrere Standorte in Österreich, Deutschland und den angrenzenden Staaten Mittel- und Osteuropas. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus wurde der Stahlbau in Linz - bis dahin eines der Herzstücke der VOEST-ALPINE - geschlossen und die Produktion ins billigere Ausland (Tschechien, Ungarn, Ex-DDR) verlagert. Mehrere Hundert Arbeitsplätze gingen dabei in Linz kampfflos verloren.

Das überrascht nicht, denn seit Jahrzehnten agieren die SP-GewerkschafterInnen, die am Linzer Standort den Betriebsrat vollständig kontrollieren, klassisch sozialpartnerschaftlich. Bei der Belegschaft

gibt es entsprechend wenig Echo. Man (und auch frau) ist aus Tradition Gewerkschaftsmitglied und geht alle vier Jahre wählen. Oppositionelle Gewerkschafter, sofern überhaupt vorhanden, hatten immer einen schweren Stand. So wurde etwa der parteifreie Gewerkschafter und Betriebsrat Otmar Höfler Anfang dieses Jahrhunderts aus der Firma entfernt.

Das wollen wir jetzt ändern. Bei der BR-Wahl im März wird zwar weder bei den ArbeiterInnen noch bei den Angestellten (es gibt getrennte BR-Körperschaften) einE oppositioneller

KandidatIn antreten, doch mit Flo Klabacher kandidiert ein SLP-Mitglied bei der bereits im Februar stattfindenden JVR-Wahl. (Siehe Interview S. 6). Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Rund um diese Programmpunkte wollen wir eine Initiative zum Aufbau einer gewerkschaftlichen Aktivgruppe in der MCE setzen. Unser Ziel ist es dabei, eine betriebliche Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften zu schaffen, um damit die traditionelle Gewerkschaftspolitik der Klassenzusammenarbeit aushebeln zu können.



Vor 70 Jahren: Wie kam es zum Aufstieg und Fall der österreichischen ArbeiterInnenbewegung?

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Die Jännerstreiks 1918

Im Herbst 1917 siegte in Russland erstmals eine sozialistische Revolution. Sie beendete nicht nur den Weltkrieg auf russischer Seite und schaffte den Kapitalismus zu Gunsten der Herrschaft der ArbeiterInnen und Bauern ab. Sie hatte auch einen gewaltigen Einfluss auf die ArbeiterInnen der ganzen Welt. Die junge Sowjetrepublik erklärte das Ende des Krieges von russischer Seite und begann Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten. Die österreichisch-ungarische ArbeiterInnenklasse, die über drei Jahre lang unter dem Krieg hatte leiden müssen und deren Lebensbedingungen immer schlechter wurden, verfolgte mit Spannung und Anteilnahme die Entwicklung der russischen Revolution und der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Als dann am 14. Jänner 1918 die Mehrlöhne um 50% gekürzt wurden, legten die ArbeiterInnen des Daimler-Motorenwerks in Wiener Neustadt die Arbeit nieder. Daraus entwickelte sich eine gewaltige Streikbewegung, die zu ihrem Höhepunkt 750.000 ArbeiterInnen in der ganzen Monarchie umfasste. Bald wurden aus den Forderungen der Streikenden nach einer besseren Versorgung revolutionäre Losungen. Sie forderten die sofortige Annahme des russischen Friedensangebotes und das Ende der Monarchie. Zum ersten Mal wurden nach russischem Vorbild ArbeiterInnenräte gewählt. Die Streiks in Österreich waren die Initialzündung für eine Reihe von ähnlichen Bewegungen in Deutschland, Italien und Frankreich. Die Streikbewegung wurde bald von der Führung der Sozialdemokratie (SDAP) abgewürgt, revolutionäre ArbeiterInnen inhaftiert oder in Strafkompagnien an die Front geschickt. Im Laufe des Jahres 1918 kam es immer wieder zu Streiks in den Berieben und Meutereien in Flotte und Heer. Die Sozialdemokratie nutzte jedoch ihre Vorherrschaft in den Räten um die Bewegung auf rein ökonomische und Tagesforderungen zu reduzieren und verlängerte damit letztlich sogar die Herrschaft der Habsburger. Umgekehrt setzte sich bei den führenden Kreisen zunehmend die Erkenntnis durch, in dieser kritischen Phase auf die Integrationskraft der Sozialdemokratie zu setzen und sie sogar mit der Führung der Staatsgeschäfte zu betrauen.

„Hoch die sozialistische Republik“

Im November 1918 war der vollständige militärische Zusammenbruch der Mittelmächte nur noch eine Frage von wenigen Wochen. Anfang November zwangen Meutereien in der Armee, Streiks im ganzen Land und eine gewaltige Massendemonstration im Zentrum Wiens den Kaiser „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten. Die Gründungsfeiern für die neue Republik waren am 12. November überall von roten Bannern und Aufrufen für den Sozialismus begleitet. Am Abend des 12. November trennten Mitglieder der kommunistischen „Roten Garde“ bei einer Massenkundgebung am Ring den weißen Mittelstreifen aus der rot-weiß-roten Fahne und hissten sie am Parlament.

Die Bedingungen für eine sozialistische Revolution waren gegeben, doch die ArbeiterInnenklasse hatte keine bewusste revolutionäre Führung, wie sie in Russland in Form der Bolschewiki bestand. Die „austromarxistische“ Linke um Friedrich Adler und Otto Bauer hatte, im Gegensatz zu Lenin und Trotzki, auch zu diesem Zeitpunkt darauf verzichtet, ernsthafte Schritte zu unternehmen, um mit den Strukturen und dem Verrat der Sozialdemokratie von 1914 zu brechen. Der Raum für eine neue Massenpartei war 1918-1920 zwar da, doch er konnte

von der kleinen, unerfahrenen KPÖ nicht gefüllt werden. Die offizielle Sozialdemokratie, unterstützt von ihren „Linken“ hingegen versuchte mit allen Mitteln, die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen abzuwürgen und setzte in einer Koalition mit den Bürgerlichen alles daran, die Bewegung nicht zu einer Bedrohung für den Kapitalismus werden zu lassen. Damit wurde die SDAP, die einstige politische Vertretung der ArbeiterInnenklasse zur Verteidigerin der Interessen der Bourgeoisie. 1951 schrieb die Arbeiterzeitung (langjähriges Organ der SPÖ): „Das österreichische Bürgertum [...] müsste täglich seinem Gott auf den Knien danken und beten, dass die österreichische Sozialistische Partei recht stark bleibe.“ Denn sie war der Garant für das Überleben des Kapitalismus.



Die Rätebewegung

Die ArbeiterInnen- und Soldatenräte, die ursprünglich als sozialistische Kampforganisationen aufgebaut worden waren, wurden ebenfalls früh von der sozialdemokratischen Übermacht in deren Strukturen integriert. Bis 1919 war die Wählbarkeit zu einem Rat sogar an die Mitgliedschaft in der SDAP gebunden. Erst als der Einfluss der KPÖ durch die Enttäuschung vieler ArbeiterInnen über den Verrat der SDAP wuchs, wurden auch KommunistInnen zu den Räten zugelassen. Der Reichsarbeiterrat bekam phasenweise eine durchaus bedeutende Stellung. Durch ihn konnten Hunderttausende ArbeiterInnen ganz direkt einen Teil der Politik bestimmen. Gleichzeitig kam es aber in Ungarn und Bayern zum Aufbau sozialistischer Räterepubliken nach dem Vorbild Sowjetrusslands. Genau dieses Modell wollte die österreichische Sozialdemokratie nicht für „ihre“ Rätebewegung.

Obwohl in Salzburg und Tirol sogar einige deutsche Freikorps, die gegen die bayrische Räterepublik kämpften, operierten, verhinderte die SDAP eine effektive Unterstützung dieser Rätebewegungen. Durch ihre Isolation waren diese zum Tod verurteilt. Die Räterepubliken Bayerns und Ungarns wurden von konterrevolutionären Truppen zerschlagen und tausende RevolutionärInnen ermordet. Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie hatte nicht

nur eine Unterstützung der internationalen Revolution verhindert, sondern bemühte sich konsequenterweise auch darum, die Bewegung im eigenen Land zu ersticken. Unter anderem dadurch, dass die Räte im Rahmen des Betriebsrätegesetzes institutionalisiert wurden und ein großer Teil ihres sozialistischen Elans geraubt wurde. Mit Hilfe von weitreichenden Sozialreformen wurde ein Großteil der revolutionären Energie abgebaut.

Rotes Wien

Mit dem Ende der revolutionären Nachkriegskrise begann auch der Einfluss der Sozialdemokratie in weiten Teilen des Landes zu sinken. Die SDAP sah sich auf wenige industrielle Hoch-

Linzer Programm

Zumindest im Vergleich mit anderen sozialdemokratischen Programmen der Zeit wortgewaltig, versuchte das 1926 beschlossene „Linzer Programm“ der radikalen Stimmung der ArbeiterInnenklasse Rechnung zu tragen. Hinter den revolutionären Floskeln versteckte sich aber die selbe opportunistische Politik, welche die Führung schon während der revolutionären Nachkriegskrise verfolgte. So setzte sich die Partei das Ziel, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und mit Hilfe von Wahlen die Macht zu ergreifen und den Sozialismus einzuführen. Das bewies sich in der Folge nicht nur als gefährliche Illusion, sondern auch als offener Betrug an der ArbeiterInnenklasse. Der bewaffnete Aufstand wurde als allerletztes Defensivmittel betrachtet und nicht als Instrument zum Sturz des Kapitalismus und zum Kampf um die Macht. Im Endeffekt verzichtete die Parteiführung im Februar 1934 sogar darauf, den bewaffneten Kampf auch nur als Defensivmittel einzusetzen und überließ die ArbeiterInnenklasse ihrem Schicksal. Das Linzer Programm stellt in diesem Sinne die ideologische Grundlage des Austromarxismus dar - radikale Reden und reformistische Taten.

Der Justizpalast brennt

Der organisierte Mord an sozialistischen ArbeiterInnen durch faschistische Mordbanden stand bereits in den 1920er Jahren an der Tagesordnung. Die bürgerliche Justiz stellte diese Taten meist mit kurzen Haftstrafen oder sogar Freisprüchen als Kavaliersdelikte dar. Es ist nicht überraschend, dass die Wut und Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenklasse von Tag zu Tag anwuchs.

Am 30. Jänner 1927 wurden im burgenländischen Schattendorf bei einer Kundgebung ein Kriegsinvalide und ein achtjähriges Kind von Angehörigen der faschistischen Frontkämpferorganisation erschossen. Damit war das Maß voll. Als dann am 14. Juli die Mörder von Schattendorf frei gesprochen wurden explodierte die angestaute Wut der ArbeiterInnen. Die SDAP wollte sie beruhigen, doch die Massen waren dem Einfluss der Führung entglitten. Am nächsten Tag gab es Massendemonstrationen und ArbeiterInnen stürmten den Justizpalast, das Symbol der bürgerlichen Klassenjustiz, und zündeten ihn an. 600 Polizisten rückten an und schossen in die Menge. 89 tote und 1.100 verwundete ArbeiterInnen blieben zurück.

Die Ereignisse vom 15. Juli waren die revolutionärste Situation seit dem Ende der revolutionären Nachkriegskrise. Viele ArbeiterInnen hatten erkannt, dass sich die Führung der Sozialdemokratie vom Ziel der Revolution entgültig verabschiedet hatte und sie nicht einmal dazu bereit war, ihre Tagesinteressen der auf der Straße zu verteidigen. Hätte es in dieser Situation eine bewusste revolutionäre Massenpartei gegeben, es hätte ihr gelingen können weite Teile der ArbeiterInnenklasse im Kampf gegen den Kapitalismus zu organisieren und durch weitere Massenaktionen die Regierung zu stürzen. Bemerkenswert erscheint demgegenüber, dass die, inzwischen stalinisierte KPÖ, selbst diese Chance zur Profilierung nicht nutzen konnte und die Vormachtstellung der Sozialdemokratie im Rahmen der organisierten ArbeiterInnenbewegung ungebrochen blieb. Die Organisationskraft und -fähigkeit der sozialdemokratisch dominierten Partei- und Gewerkschaftsstrukturen der ArbeiterInnenbewegung war gebrochen.

Wirtschaftskrise und Erstarren der Reaktion

Im September 1929 brachen in den USA die

Um es zum Anschluss? in ArbeiterInnenbewegung 1918 - 1938

Börse zusammen. Dies löste die bisher schlimmste Wirtschaftskrise der Geschichte aus, die einige Monate später Österreich besonders massiv betraf. Die österreichische Industrie hatte sich vom Zerfall des Großreichs kaum erholt. Die historisch zentrale Rolle der Banken und die hohe Exportabhängigkeit taten ihr übriges, dass die Weltwirtschaftskrise hier verheerende Folgen hatte. Von 1929 bis 1932 fiel die industrielle Gesamtproduktion um 39%, das Außenhandelsvolumen um 47%. Im selben Zeitraum stieg die Arbeitslosigkeit um 97%. Im Jänner 1933 waren 397.920 Menschen arbeitslos und bezogen Arbeitslosenunterstützung und noch einmal ca. 180.000 waren bereits "ausgesteuert", erhielten also gar keine Unterstützung mehr. Immer mehr Betriebe weigerten sich, organisierte ArbeiterInnen einzustellen, was zu einem massiven Mitgliederschwund der SDAP und der freien (= sozialdemokratischen) Gewerkschaften führte. Diese Entwicklung schwächte die organisierte ArbeiterInnenbewegung. Während die Gegenseite sich zunehmend radikalisierte, reagierten die sozialdemokratischen Führer mit wachsender Kompromissbereitschaft. Austrofaschistische Heimwehren und Nationalsozialisten begannen unter diesen Bedingungen einen regelrechten Wettlauf um die Macht.

Die faschistische Bedrohung

Zwar hatte die Führung der Sozialdemokratie in der Krise nach dem Krieg effektiv den Sturz des Kapitalismus verhindert, doch inzwischen wurde die bloße Existenz ihrer Organisationen als unakzeptables Hindernis zur Überwindung

der allgemeinen Krise der Gesellschaft betrachtet. Die Bourgeoisie setzte mit Hilfe der Christlichsozialen Partei und der faschistischen Heimwehren an, den "revolutionären Schutt" - die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegsjahre - zu beseitigen. In der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs sammelten die Faschisten jene deklassierten Elemente, Offiziere, Beamte, etc. die obwohl Verlierer im Kapitalismus sich nicht mit der ArbeiterInnenbewegung identifizieren konnten. Sie wurden gemeinsam mit halb verhungerten Arbeitslosen, die man zum demonstrieren bezahlte, zum Fußvolk der konkurrierenden faschistischen Bewegungen,

Am 4. März 1933 nutzte Dollfuß einen Zwischenfall im Parlament, dieses vollständig auszuschalten. Am 16. März 1933 verbot die Regierung den Republikanischen Schutzbund (die Selbstverteidigungsorganisation der SDAP). Die Dollfußregierung untersagte Streiks, verbot die KPÖ, verschlechterte die Arbeitszeitbestimmungen und kürzte die Arbeitslosenunterstützung. Die Führung der SDAP leistete keinen Widerstand. Ihre Lösung war, abzuwarten, bis die Regierung einen so unverzeihlichen Schritt unternähme, dass die ArbeiterInnenklasse es "verstehen würde", wenn die SDAP zum Kampf gegen die Regierung rufen würde. Während die Sozialdemokratie abwartete, zerstörte die Regierung nach und nach alle Möglichkeiten für Widerstand.

Der Februaraufstand

Am 12. Februar 1934 durchsuchten Polizei und faschistische Heimwehren die Parteihäuser

der SDAP nach Waffen. In Linz leistete eine Gruppe sozialistischer ArbeiterInnen Widerstand. Daraus entbrannte in ganz Österreich ein verzweifelter Aufstand. Polizei, Militär, und Heimwehren setzten schwere Geschütze gegen Arbeiterwohnungen ein. Die meisten sozialdemokratischen FührerInnen beteiligten sich nicht an den Kämpfen. Viele sabotierten sie sogar, in dem sie den kampfbereiten ArbeiterInnen die Waffenverstecke des Schutzbundes verheimlichten und sich stattdessen lieber freiwillig in polizeiliche Schutzhaft nehmen ließen. Am Ende der Kämpfe waren 137 ArbeiterInnen getötet und 319 verwundet worden. Österreich war das erste Land der Welt, in dem sich die ArbeiterInnenklasse bewaffnet und in organisierter Form gegen die Machtübernahme durch den Faschismus zur Wehr gesetzt hatte. Doch die Regierung hatte die organisierte Macht der ArbeiterInnenklasse gebrochen und begann nun damit, einen faschistischen Ständestaat aufzubauen. Möglich wurde diese historische Niederlage nur durch das Versagen der Sozialdemokratie. Bereits durch ihren Verrat 1918/19 hatte sie den Kapitalismus gerettet. Die Bourgeoisie war aber offensichtlich nicht bereit dazu, es ihr zu danken. Jegliche Sozialpolitik nützte den ArbeiterInnen nichts mehr als der Kapitalismus mit Hilfe der Dollfußregierung alle Errungenschaften wieder rückgängig machte. Die selben Kapitalisten, deren Reichtum und Macht die Führung der SDAP 1918/19 gerettet hatte waren es, die den Faschismus 1934 auf der Leiche der Sozialdemokratie errichteten.

Widerstand unter dem Krukenkreuz

Zwar war der Februaraufstand niedergeschlagen worden und die organisierte ArbeiterInnenbewegung nunmehr illegal, trotzdem organisierte sich breiter Widerstand. Die Kommunistische Partei gewann zum ersten Mal einen gewissen Einfluss, da sie eine Reihe wütender und enttäuschter SozialdemokratInnen organisieren konnte. Für die Unternehmer war die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung ein reiner Gewinn. Bereits in den ersten Wochen des neuen Regimes wurden hunderte Kollektivverträge gebrochen, die Arbeitszeitregelungen verschlechtert und die freien Gewerkschaften verboten. Die Ausbeutungsrate in der Schwerindustrie stieg unerhört an: Im Braunkohlebergbau um 45% in der Stahlindustrie um 100%! 1934 war auch bereits der schlimmste Teil der Wirtschaftskrise überwunden. Trotzdem war der Ständestaat unfähig, die wirtschaftliche Erholung Österreichs zu sichern. Entgegen dem europäischen Trend von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,3%, ging die österreichische Wirtschaft von 1933 bis 1938

um jährlich 0,4% zurück. Österreichs Anteil am Welthandel sank von 1931 bis 1937 von 1,12 auf 0,93%.

Der vom Ständestaat geschaffene "Einheitsgewerkschaftsbund" war - trotz des enormen Drucks beizutreten - nicht in der Lage relevante Teile der ArbeiterInnenschaft in den Ständestaat zu integrieren. 1936 hatte er 368.078 Mitglieder im Vergleich zu 896.763 Mitgliedern der freien Gewerkschaften 1923. Tatsächlich hatte sich die Gewerkschaftsbewegung im Untergrund sogar reorganisiert: In Betrieben, wo es möglich war, Vertrauenspersonen zu wählen, erlitten bekannte Repräsentanten des Regimes schwere Niederlagen. In verschiedenen Fällen wurden Nazis - die von der Unternehmenseite zunehmend protegiert wurden - aus den Betrieben gedrängt; sogar erfolgreiche Streiks kamen vor.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus

Auf Basis der Zerschlagung der legalen ArbeiterInnenbewegung und auf Grund der inneren Schwäche des Austrofaschismus konnte der Nationalsozialismus in Österreich an Einfluss gewinnen. Zwar war die NSDAP offiziell 1933 verboten worden, aber durch das Verbot der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der KPÖ war deren Bindekraft in der Gesellschaft nachhaltig beschädigt worden. Besonders jene Schichten, die nicht durch die alte Schule der Bewegung vor 1934 gegangen waren, erwiesen sich zum Teil als besonders anfällig für die falschen Versprechungen von einem "Nationalen Sozialismus". Vor allem schwenkten aber zwischen 1934 und 1938 immer größere Teile der herrschenden Eilten bewusst auf das, aus ihrer Sicht "deutsche Erfolgsmodell" des NS-Staats um. Die Führungen von KPÖ und Sozialdemokratie setzten zudem im Kampf gegen die Besetzung durch Hitlerdeutschland auf ein Bündnis mit dem Austrofaschismus. Obwohl die Regierung Schuschnigg zu keinem Zeitpunkt bereit war, solche Angebote anzunehmen und die Legalität der Bewegung offiziell zuzulassen wurde dieser Kurs bis zuletzt aufrechterhalten. Gleichzeitig zeigte etwa die "Floridsdorfer Vertrauensmännerkonferenz" in den Märztagen 1938 öffentlich, dass die ArbeiterInnenbewegung, dort, wo sie noch bestand, die entscheidende Kraft war, die prinzipiell bereit gewesen wäre gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen. Im Gegensatz dazu hatten Schuschnigg und Co. den Nazis am 11.3. kampfflos die Regierungsgeschäfte und am 12.3. den Staat übergeben. Noch während des Einmarsches hatten Exekutive und "Hilfspolizei" mit Hakenkreuzarmbinden bereits begonnen, linke AktivistInnen zu verhaften und JüdInnen öffentlich zu quälen.

marxismus aktuell

Zur Rolle der ArbeiterInnenklasse in Österreich im 20. Jahrhundert

Eckpunkte von John Evers, SLP-Wien

"Die österreichischen ArbeiterInnen kämpfen doch nicht" - dieses Vorurteil wird nicht zuletzt durch den Artikel auf dieser Doppelseite über die Entwicklung Österreichs 1918-1938 widerlegt. Die österreichische ArbeiterInnenklasse befand sich mit ihrer Kampfbereitschaft in dieser Periode mehrmals an der Spitze einer internationalen Entwicklung, welche die kapitalistische Herrschaft massiv in Frage stellte. Auch die Wortradikalität des "Austromarxismus" war, trotz dessen fataler Rolle in der Praxis, auch Ausdruck eines, gerade hier breit verankerten sozialistischen Bewusstseins. Wenn MarxistInnen von der ArbeiterInnenklasse als "revolutionärem Subjekt" sprechen, so kann für Österreich revolutionär sogar durch fortschrittlich ersetzt werden. Allgemeines und gleiches Wahlrecht, sozialstaatliche Modernität, das Recht auf Abtreibung (...) es gibt in diesem Land so gut wie keine Errungenschaften, die nicht gleichzeitig Siege von Bewegungen waren die letztlich auf den Schultern der ArbeiterInnenklasse gestanden sind. Bedauerlicherweise galt der Umkehrschluss hier stets genauso: Defensive und Niederlage für diese Klasse, die Zerschlagung ihrer Organisationen und Vernichtung ihrer AktivistInnen waren direkt verknüpft mit den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts; also Faschismus, Krieg und Holocaust.

Keine Friedhofsruhe in der Zweiten Republik

Auch die Geschichte der Zweiten Republik

stellt sich keineswegs als Geschichte ohne Arbeitskämpfe, soziale Konflikte und Kontroversen dar. Mehrere Male hatten Bewegungen nicht nur eine Größe, die in anderen Staaten als Generalstreik bezeichnet werden. Ebenso beinhalteten Kämpfe der ArbeiterInnenklasse auch klare politische Ansagen: So war der Oktoberstreik 1950 vor allem auch eine Widerstandsbewegung gegen die Etablierung der Sozialpartnerschaft; erst danach wurde etwa im ÖGB der antifaschistische durch einen antikomunistischen Grundkonsens weitgehend abgelöst. Ebenso streikten u.a. in den 1960er Jahren Zehntausende gegen die Rückkehr des habsburgischen Thronerben. Die gesamte Geschichte seit 1945 kennt nur wenige Ausnahmejahre in welchen ArbeitnehmerInnen auch hierzulande nicht um ihre Rechte und Zukunft, also bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne etc... kämpfen mussten. Besonders hat allerdings das Streikjahr 2003 die Tatsache im gesellschaftlichen Bewusstsein wieder verankert, dass die ArbeiterInnenklasse, trotz ihrer soziologischen Veränderung, als extrem fortschrittlicher Faktor in der österreichischen Gesellschaft vorhanden ist. Schließlich war diese Widerstandsbewegung jene, welche der reaktionären, schwarz-blauen, Regierung tatsächlich gefährlich wurde. Fortschrittlich handeln kann diese Klasse letztlich aber nur dann, wenn sie sich organisiert und mit einem sozialistischen Programm "bewaffnet", welches die Logik der angeblichen Sachzwänge nicht akzeptiert. Auch das zeigt vielleicht bereits diese kleine Bilanz zur Rolle der ArbeiterInnenklasse im 20. Jahrhundert.

TERMIN

März 1938: Ein Volk, ein Reich, ein Führer?

Behandelt werden an diesem Abend die Periode von Austrofaschismus, Widerstand und der wachsenden braunen Gefahr zwischen 1934-1938. Im Mittelpunkt steht letztlich die Frage warum die Nazis 1938 kampfflos in Österreich einmarschieren konnten, obwohl sich AntifaschistInnen, noch in den Tagen zuvor, an vielen Orten aktiv und öffentlich zeigten.

Einführung: John Evers (Gewerkschaftshistoriker)

Mittwoch 6. Februar 2008, 19 Uhr, SLP-Wien-West,

Fünfhäuser Stüberl, 15, Löhrigasse 13 (Nähe Westbahnhof)

Offensiver Kampf gegen Rassismus im Betrieb

Interview mit FLORIAN KLABACHER, Lehrling in der MCE und GMTN-Mitglied.

VORWÄRTS: Am Linzer Standort der MCE finden im Februar Wahlen zum Jugendvertrauensrat (JVR) statt, bei denen auch Du kandidierst. Wie viele Personen umfasst der JVR?

Flo: Für die MCE Industrietechnik und Maschinen und Apparatebau insgesamt gibt es drei aktive und drei passive Jugendvertrauensräte.

Du bist Mitglied der SLP. Kandidierst Du zusammen mit anderen auf einer eigenen Liste oder habt Ihr eine Einheitsliste?

Ich trete auf einer Liste mit fünf anderen Kandidaten, die nicht bei der SLP sind, an.

Was sind Deine / Eure programmatrischen Schwerpunkte?

Darüber wird es noch Gespräche geben. Bis jetzt kann ich hier nur die Punkte anführen, die mir wichtig sind. Neben organisatorischen Aufgaben im Betrieb heißt JVR-Arbeit vor allem die Verschlechterungen beim Kündigungsschutz für Lehrlinge abzuwehren. Auch bei Punkten, die die ganze Belegschaft betreffen, soll der JVR einen kämpferischen Kurs einschlagen. Er soll dem Betriebsrat und der Gewerkschaft verschiedene Maßnahmen vorschlagen. Außerdem gilt es bei solchen Angriffen auch die Belegschaft mit Betriebsversammlungen und Jugendversammlungen zu organisieren. Dort sollten mögliche Kampfmaßnahmen besprochen und darüber abgestimmt werden, anstatt über die Köpfe der ArbeitnehmerInnen hinweg mit der Konzernleitung –



Florian (rechts hinten) – ein verlässlicher Kollege, ein harter Gegner

oft faule – Kompromisse auszuhandeln. Für diese Punkte werde ich als JVR eintreten, wie sich die anderen Kandidaten diese Arbeit vorstellen, wird sich zeigen.

Es gibt ja auch einen Kandidaten aus der äußerst rechten Ecke, der jetzt beim Ring Freiheitlicher Jugend ist. Wie geht Ihr damit um?

Dazu gab es Diskussionen, in denen vorgeschlagen wurde, die Liste zu einer FSG-Liste zu machen. Das ist aber für mich nicht in Frage gekommen, weil eine FSG-Liste zu recht für eine SPÖ-Liste gehalten wird und ich weder bei der SPÖ bin, noch den Eindruck erwecken möchte eine Partei, die viele Angriffe mit ausgearbeitet hat, zu unterstützen. Ich werde mit dem Rechten nicht gemeinsam kandidieren. Die anderen sollten das auch so tun. Man muss die Sache politisch angehen, ich brauch mich als Marxist nicht verstecken. Es wird noch ein Gespräch mit dem RFJler geben. Der RFJ tritt in seinem

Programm radikal für die Abschaffung von Grundrechten für Lehrlinge ein. Er ist laut aktuellem Lehrlingsprogramm auf der RFJ-Homepage für die defacto Abschaffung des Kündigungsschutzes und er ist rassistisch, weil er Ausländer nur bei Vorliegen von Kenntnissen der deutschen Sprache und "über die österreichische Kultur und Wertegemeinschaft" zur Lehrlingsausbildung zulassen will. FPÖ und RFJ sind gegen Kollektivverträge und bedrohen damit auch die Lehrlingsgehälter. Rassismus wird zur Spaltung benützt.

Was wollt ihr tun?

Das Programm mit dem wir kandidieren soll so ausschauen, dass es mit einer RFJ-Mitgliedschaft unvereinbar ist. Es ist wichtig, gemeinsam mit allen KollegInnen gegen die Angriffe zu kämpfen, schließlich haben Lehrlinge aus Österreich dieselben Probleme und Interessen wie Lehrlinge aus der Türkei oder von wo auch immer, und nicht wie Unter-

nehmer aus Österreich, die zur Profitmaximierung oft Standorte schließen oder die Arbeitszeit verlängern. Der RFJ will mit patriotischen und rassistischen Parolen darüber hinwegtäuschen und steht auf der Seite der Unternehmer.

Wie soll der JVR mit Rassismus umgehen?

Gut wäre ein ÖGJ-Seminar zum Thema Rassismus, zu dem alle Lehrlinge der MCE eingeladen werden. Bei einer solchen Veranstaltung kann erklärt werden, warum die ArbeiterInnenbewegung in der Vergangenheit gegen Rassismus aufgetreten ist und warum es wichtig ist, das auch in Zukunft zu tun. Das hat nichts mit guter oder böser Mensch sein zu tun, sondern es geht, wie eben erwähnt, darum, zu verhindern, dass ArbeitnehmerInnen mit gleichen Interessen gegeneinander aufgehetzt werden, um weniger schlagkräftig auftreten zu können. Ich werde als Jugendvertrauensrat natürlich auch versuchen, KollegInnen für Antifaschistische Demonstrationen zu mobilisieren. Die SPÖ versucht ja auch uns Lehrlinge für den 1.Mai "zu mobilisieren".

Und nach den Wahlen?

Der JVR soll auch in ÖGJ, GMTN und ÖGB aktiv sein. Die nächste wichtige Aufgabe nach den Wahlen ist eine Gewerkschaftsgruppe im Betrieb aufzubauen, um interessierte Kollegen und Kolleginnen in die Arbeit einbinden zu können.

SLP: Aktiv im Dezember und Jänner

Jahreswechsel im Zeichen des Widerstandes

Zum Jahresausklang Ende 2007 ging es noch mal politisch rund. Wie es sogar auch Bundespräsident Fischer in seiner Neujahrsansprache auf fiel, wurde ein großer Teil der wichtigen Gesetze erst in den letzten Wochen des Jahres 2007 beschlossen. Was Fischer natürlich nicht sagte: Ein Großteil dieser Gesetze stellt eine soziale Verschlechterung dar. Deshalb auch die schnellen Beschlüsse. Mit der "Speed-kills-Methode" soll wie bei blau-schwarz jeder mögliche Widerstand überrumpelt werden.

Trotzdem gabs Widerstand

Bei der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz konnten wir den Regierungsparteien aber einen Strich durch die politische Rechnung machen. In nur sechs Tagen organisierte die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften mit der Werkstatt für Frieden und Solidarität, der Arbeitsloseniniti-

ative AMSand und anderen eine Protestaktion vor dem Parlament, an der sich über 70 Menschen beteiligten. Die SLP war voll dabei. Dazu gab's eine Mailkampagne an die GewerkschafterInnen im Parlament. Viele nutzten diese Form des Protestes und blieben nicht ungehört. In der "Wahrheit", der SPÖ-Zeitung für die VOEST, beschwerte sich der Nationalratsabgeordnete Dietmar Keck über die "E-Mail-flut" an ihn. Besonders peinlich: Keck ist auch Betriebsratsvorsitzender der VOEST-ArbeiterInnen. Einige Mails kamen von den Menschen, die er als Betriebsrat eigentlich vertreten sollte. Auf solche Leute ist eben kein Verlass. Die Zahnlosigkeit schöner Präsidentenworte zeigt sich auch in der Untätigkeit bei der rassistischen Flüchtlingspolitik. Wir versuchen weiter Widerstand zu organisieren. GenossInnen aus Linz und Wien beteiligten sich an der Solidaritätsdemo für die Familie Ganiji in Grein

(OO) und für Arigona in Wien vor dem Innenministerium. Mit einigen Betroffenen sind wir im Gespräch (siehe www.slp.at). Immer strichen wir hervor, dass es "viele Arigonas" gibt und dass das jetzige Fremdenrecht zur Gänze fallen muss.

Streitgespräch zwischen Weihnachtsmann und Christkind

Das Jahr 2007 ging mit einem sehr netten Weihnachtsfest im "Piwnica" zu Ende. Besondere Höhepunkte waren die Tombola (sie brachte 119,60 Euro für SLP-PickerInnen), ein politisches Streitgespräch zwischen Weihnachtsmann und Christkind und der musikalische Auftritt des Piwnica-Wirtes mit Band und Ziehharmonika. Viele FreundInnen konnten die Arbeit der SLP bei gemütlicher Atmosphäre kennen lernen. Im Jänner 2008 feierte die große Koalition ihr einjähriges Jubiläum. Wir beteiligten uns aktiv an einem ganztägigen

Aktionstag auf der Wiener Uni am 10.1. und bei einer Protestaktion der Sozialistischen Jugend am 14.1. Gerade beim Aktionstag stießen wir auf Interesse, wie wir es sonst nur vom 1. Mai kennen. Wenn auch du dich informieren willst, was wir machen, melde dich einfach!

TERMIN

Faschingsfest
der
Sozialistischen LinksPartei

2. Februar 2008, 19.00
Amerlinghaus (7, Stiftg. 8)

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Lechenauers", Molnarplatz 16

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

KLAGENFURT

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.00 Uhr,
Jugendherberge - Neckheimgasse 6

WIEN

Jugend-Gruppe

jeden Montag um 18 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhäuser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20, (U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt. Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Neues aus dem GWP

Gewerkschaft droht mit Ausschluss wegen Demo

Schweden – Bilbo Göransson, einem der Initiatoren der großen Demonstration am 18. September in Schweden, in der es vor allem um die Angriffe auf ArbeitnehmerInnen ging, droht der Ausschluss aus der Gewerkschaft. Er erhielt am 11. Dezember einen offiziellen Brief. Darin steht, dass eine Untersuchung eingeleitet wurde. Dies geht von den Sozialdemokraten aus. Sie behaupten, dass Göransson Gewerkschaftsgelder verwendet habe, um für die Demo mobil zu machen. Eine Demo, welche Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung von Beginn an abgelehnt hatten. Das Ziel ist ganz klar. Es geht der Gewerkschaft darum, den Einfluss von Bilbo und anderen linken AktivistInnen einzuschränken und sie einzuschüchtern.

Wir fordern:

- ▶ Die Angriffe auf Bilbo müssen gestoppt werden
- ▶ NEIN zu seinem Ausschluss
- ▶ Die Kraft der Gewerkschaft darf nicht gegen Linke verwendet werden, sondern muss zum Kampf gegen die rechte Regierung verwendet werden!

Unterirdischer Streik

Polen – 500 BergarbeiterInnen nahmen im polnischen Budryk an einer Minenbesetzung in 1000 Meter Tiefe teil. Dies ist der größte unterirdische Streik in der polnischen Geschichte. Der Streik begann Mitte Dezember, aber Anfang Jänner entschieden sie sich, den Kampf unterirdisch fortzuführen. Die Kumpel fordern die gleichen Löhne wie alle Mitarbeiter der Jastrzebska Kohle Industrie, denn obwohl sie doppelt so produktiv sind wie andere Minen bekommen sie den niedrigsten Lohn.

Der Streik hat bei allen führenden Parteien Ablehnung hervorgerufen, da diese alle gemeinsam Angriffe auf BergarbeiterInnen durchsetzen wollen. Auch die Zeitungen attackieren die ArbeiterInnen und der Chef der Firma nannte die Streikführer sogar Terroristen.

Die Kumpel meinen: Die wahren Terroristen sind die Kohle-Mafia, die Gewerkschaftsbürokraten und die Bosse, die sich alle zusammen das Geld der Kohlearbeiter in die Tasche stecken. Das ist auch der Grund, wieso die offiziellen Gewerkschaften gegen den Streik sind. PR, die polnische Schwesterorganisation der SLP unterstützt aktiv die kämpfenden BergarbeiterInnen und ihre Familien.

www.socialistworld.net

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Mittlerweile ist es klar – das Ergebnis der Wahlen vom 27. Dezember ist von der Regierung gefälscht worden. Im Wahlkreis von Präsident Kibaki wurde eine Beteiligung von 99% in einem anderen sogar 115% gemeldet. Nach Angaben der Wahlbehörde stimmten Hunderttausende KenianerInnen nur bei der Präsidentschaftswahl und nicht bei den parallel stattfindenden Parlaments- und Regionalwahlen ab. Selbst der Vorsitzende der Wahlkommission gab zu, nicht zu wissen, wer gewonnen habe. Bei den Protesten haben demgegenüber schon über 600 Menschen ihr Leben verloren, 400.000 sind auf der Flucht.

Odinga und Kibaki

Kibaki wurde 2002 als Nachfolger des Diktators Daniel arap-Moi gewählt. Zu Beginn galt er als Hoffnungsträger vieler KenianerInnen für Demokratisierung, Zurückdrängung der Korruption und wirtschaftlichen Aufschwung. Doch viele MinisterInnen wirtschaften weiterhin unbehelligt in die eigene Tasche und der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre (durchschnittlich 6%) kam nur einer kleinen Elite im Umfeld des Präsidenten und an den Spitzen der Wirtschaft zu Gute.

Odinga stellte sich im Wahl-

kampf als "Mann des Volkes" dar. Er versprach den Armen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Deshalb setzten viele KenianerInnen ihre letzten Hoffnungen in ihn. In Wahrheit steht er für dasselbe System wie Kibaki – er arbeitete auch jahrelang mit ihm und zeitweise selbst mit arap-Moi zusammen.

Das Erbe des Imperialismus

Bis zur Unabhängigkeit 1963 war Kenia britische Kolonie. Das Erbe dieser Zeit ist noch heute allgegenwärtig. Um das Volk unter Kontrolle zu halten wurde auf die altbewährte "Teile-und-Herrsche"-Strategie gesetzt. Die Kikuyu, jener Volksstamm, der im Landesinneren beheimatet ist und dessen Oberschicht heute noch Wirtschaft und Politik des Landes bestimmt – das beste Beispiel ist Präsident Kibaki selbst – wurden seit der Kolonialzeit privilegiert behandelt. Andere Volksstämme hetzte man wiederum bewusst gegen sie auf, um eine Einheit der KenianerInnen gegen die Kolonialherren zu verhindern. Auch unter Präsident Kibaki wurden wichtige Ämter überwiegend mit Kikuyu besetzt und staatliche Aufträge vor allem an Firmen in Besitz von Kikuyu erteilt. Westliche Medien versuchen deshalb fälschlicherweise die aktuellen Unruhen als reine "Stammesauseinandersetzungen" darzustellen.

Kenia: Massen gehen gegen Wahlbetrug auf die Straße

Vom Betrug zum Protest



Noch-Präsident und Wahlbetrüger Kibaki

Verheerende Lage in den Slums

Viel bedeutender für die Unruhen ist die unmenschliche soziale Lage, in der sich die Mehrheit der KenianerInnen befindet. Für die Millionen in den Slums gibt es keine Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Benzin und Nahrungsmittel sind knapp. Öffentlicher Verkehr ist nicht vorhanden und die Straßen sind in katastrophalem Zustand. Durch die anhaltenden Unruhen ist in weiten Teilen des Landes die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zusammengebrochen. Jene, die in den westlichen Medien als brutale Plünderer dargestellt werden sind oftmals Menschen, die Lebensmittel und sauberes Trinkwasser "stehlen" um sich und ihre Familien durchzu-

bringen. Es ist die Wut von Menschen, die Jahrhunderte lang unter unmenschlichen Bedingungen leben mussten, und deren letzte Illusion zerstört worden ist, die sich jetzt auf den Straßen entlädt.

Wie weiter?

Ob es die Bewegung schaffen wird, Kibaki zu stürzen ist noch nicht absehbar. Proteste wurden bisher von Polizei und Militär brutal unterdrückt. In den Slums patrouillieren schwer bewaffnete Einheiten, die Anhänger von Odinga verprügeln und verhaften. Trotzdem war Kibaki bereits dazu gezwungen, Gespräche über eine Übergangsregierung der "nationalen Einheit" anzubieten, was eine Schwächung seiner Position verdeutlicht. Doch damit werden sich die

Massen wohl nicht zufrieden geben – schließlich haben sie Odinga gewählt und weder Kibaki noch eine Koalition. Gerade jetzt sind die kenianischen Gewerkschaften gefragt. Demokratische Selbstverteidigungsorgane zum Schutz vor repressiven Staatsmaßnahmen und ethnischen Ausschreitungen sind notwendig. Wenn es die Bewegung der kenianischen Armen schafft, Kibaki zu stürzen und Odinga Präsident würde, wäre dieser auf Grund des Drucks von unten auch zu einigen Zugeständnissen an die Armen gezwungen. Außerdem – und das ist das wichtigste – würden die Armen Kenias und der ganzen Welt sehen, dass es möglich ist, mit einer Massenbewegung eine verhasste Regierung zu stürzen.

Bürgerkrieg in Pakistan?!

Am 27. Dezember 2007 wurde Benazir Bhutto, die Führerin der PPP (Pakistan Peoples Party) bei einem Selbstmordattentat getötet.

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Schon am 18. Oktober 2007, als Bhutto aus dem Exil zurückkam, entging sie nur knapp einem Selbstmordanschlag. Es ist nicht völlig auszuschließen, dass auch die Regierung in den Mordanschlag verwickelt ist. Reaktionäre und fundamentalistische Elemente im Staat sind sehr eng

mit verschiedenen bewaffneten fundamentalistischen Gruppierungen vernetzt. Nachdem der Tod der Parteiführerin über die Nachrichten verbreitet wurde, kam es im ganzen Land zu gewaltsamen Ausschreitungen von wütenden Anhängern der PPP sowie Kritikern des derzeitigen Regimes. Ein Genosse unserer Schwesterpartei SMP (Socialist Movement Pakistan) beschrieb die Situation folgendermaßen: "Die Situation war wie ein Generalstreik, mit dem Unterschied, dass ihn niemand organisiert hat. In einigen Gebieten nahm die Bewegung sogar Züge einer Revolte an."

Perspektiven für Bhuttos PPP nach dem Attentat

Auch wenn sich Benazir Bhutto mit der PPP selbst als stärkste Opposition gegen das Regime Musharraf bezeichnete, so war die Politik der PPP neoliberal, pro-imperialistisch und hatte nie eine radikale Änderung der Zustände in Pakistan zum Ziel. Schon der Gründer Zulifqar Ali Bhutto gab die Führung der

Regierung an seine Tochter Benazir ohne Absprache mit der übrigen Partei weiter. Nun übernimmt der 19-jährige Sohn Benazirs, Bilawal Bhutto, die Führung der Partei.

Hatte die PPP schon bis jetzt kein wirkliches Programm, das die Partei vereinte, so hat sie nun auch ihre charismatische Führung verloren. Es ist möglich, dass die PPP unter einer schwächeren Führung in mehrere Teile zerfallen wird. Eines ist sicher: Die PPP ist nicht in der Lage, die Probleme der ArbeiterInnenklasse und der armen Bevölkerung in Pakistan zu lösen.

Wahlen am 18. Februar

Die kommenden Wahlen am 18. Februar werden alles andere als demokratisch ablaufen. Der Unmut der Bevölkerung kann sich leicht in größeren Bewegungen gegen das Regime entladen.

Bekanntere Personen, wie z.B. Aitzaz Ahsan (Anführer der Anwaltsbewegung) können Initiativen setzen bzw. ein Attraktionspool werden. Wichtig ist der Aufbau einer starken ArbeiterInnenbewegung. Um



Benazir Bhutto: Auch ihre Regierung betrieb neoliberale Politik

die Probleme des Großteils der Bevölkerung dauerhaft zu lösen, muss man an mehreren Fronten kämpfen. Gegen den Feudalismus, den Kapitalismus, den Imperialismus sowie den radikalen Islamismus. Nur wenn gegen alle gleichzeitig gekämpft wird, gibt es eine Chance, das System zu ändern. Wir glauben, der einzige Weg, dies zu schaffen führt über starke Massenbewegungen der ArbeiterInnenklasse und der verarmten Bevölkerung. Nur eine Bewegung mit Massenbasis in der Bevölkerung ist in der Lage gegen das

derzeitige System zu kämpfen und nur in einem sozialistischen System können die Erregenschaften der Bewegung auch auf Dauer sichergestellt werden.

TERMIN

Diskussion

Pakistan:

Nach dem Ausnahmezustand und der Ermordung Benazir Bhuttos - vor den Wahlen

1. März 2008, 19.00
Amerlinghaus (7, Stifftg. 8)

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 170

Februar/März 2008

Nein zur EU-Verfassung! Nein zum Tschad Einsatz!

Nach der Ablehnung der alten EU-Verfassung durch eine Mehrheit in Frankreich und Holland soll diese jetzt in Form des neuen EU-Vertrags eingeführt werden.

von Michael Gehmacher,
SLP-Wien

Der EU-Vertragstext ist lang und unverständlich geschrieben. Er hat viele Querverweise und ist mit schönen unverbindlichen Worten versehen. Nur die Punkte für mehr Profite und weniger soziale Rechte sind klar. So wird in Artikel 119 der "Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" festgeschrieben.

Dazu die Verpflichtung zum Wettbewerb bei allen öffentlichen Dienstleistungen und einem weitgehenden Verbot staatlicher Beihilfen. Die "Lisabon-Strategie" (Teil des Vertragswerkes) will in Zeiten günstiger Konjunktur schrittweise einen Haushaltsüberschuss erreichen. Die Festschreibung der 0-Defizit-Politik bringt weitere Sozialkürzungen. Deshalb ist ein EU-weiter sozialer Widerstand ein Gebot der Stunde! Gerade die EisenbahnerInnenstreiks in Frankreich, Belgien, Deutschland, Ungarn und Italien hätten ein Beitrag dazu sein können. Gleichzeitig fehlt eine europaweit vernetzte (Gewerkschafts-)Bewegung, die Druck und Widerstand gegen den Vertrag organisiert.

Bezeichnend ist, dass der ÖGB, die GPA-DjP und die AK den EU-Vertrag recht deutlich kritisieren. Die AK schreibt: "Kern dieser Reformen sind Deregulierung und Liberalisierung von Produkt-, Dienstleistungs-, Finanz- und Arbeitsmärkten." Die AK erkennt zwar einige (nicht nä-

her definierte) Verbesserungen, meint aber, dass "dieser EU-Vertrag die österreichischen Arbeitnehmer nicht weiter bringt". Diese Stellungnahmen sind aber kaum bekannt, offensichtlich ist der ÖGB und AK-Spitze die Treue zur SP-VP-Koalition wichtiger als eine konsequente Interessensvertretung.

EU-Vertrag bedeutet Aufrüstung

Die weitreichenden Änderungen im Bereich der GASP und ESVP werden zu einer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf Kosten der Sozialbudgets führen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich Konvent und Regierungskonferenz darauf einigen konnten, in der Verfassung eine Verpflichtung zur schrittweisen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten festzuschreiben. (Anm.: GASP=Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik; ESVP=Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik)

Kein Cent, Kein Soldat

Ein österreichischer Beitrag dazu ist der Tschadeinsatz. Diesen zu verhindern sieht die SLP als eine der wichtigsten Aufgaben der Linken und Gewerkschaften. Offensichtlich sollen wir uns an die imperialistischen Interventionen und an die ersten toten Soldaten gewöhnen! Dass diese bei einem Tschadeinsatz wahrscheinlich sind, wissen die Generäle des Bundesheers genau.

TERMIN

Diskussion
Wer profitiert vom
Tschad-Einsatz?

21. Februar 2008, 19.00
SLP Wien Süd, Rüdigerhof,
5., Hamburgerstraße 20
(U4 Pilgramgasse)

Unter dem Vorwand humanitärer Hilfe werden wirtschaftliche Interessen verteidigt



Das Bundesheer als Hilfsorganisation? Worum geht's im Tschad?

Die rund 10 Millionen Einwohner des Tschad sind auf fast 200 ethnische Gruppen verteilt. Der Norden ist vorwiegend arabisch geprägt. Die dortige Herrschaftsclique wird von Algerien und dem Sudan militärisch unterstützt. Im Gegenzug operieren arabische Reitermilizen vom Tschad aus in der Region Darfur. Im Süden des Tschads leben vor allem afrikanische Völker. Ihre Politeliten wurden vom französischen Imperialismus unterstützt. General Deby, der heutige Diktator des Tschad, wurde in der französischen Armee ausgebildet. Die nationalen Konflikte wurden immer wieder vom Imperialismus geschürt, indem einzelne Bevölkerungsteile aufgerüstet und in Profittkriege geschickt wurden.

Im Süden wird von Exxon Mobile Öl gefördert. Frankreich will sich den Zugriff darauf sichern. Der UNO-Einsatz zur Stabilisierung des Landes kommt da gelegen. Das österreichische Bundesheer schützt im Tschad niemanden, sondern steht mit den französischen Truppen auf der Seite des Diktators Deby für Profite. Die humanitäre Katastrophe wird nicht gemildert. Im Gegenteil: Die imperialistische Politik, die österreichische Soldaten in den Tschad schickt, ist die Ursache für die heutige Katastrophe. Ihr Ende ist möglich, wenn die Massen von Armen, ArbeiterInnen und Bauern, egal welcher Nationalität sie angehören, den Imperialismus gemeinsam vertreiben. Wenn multiethnische Kom-

tees Öl und die landwirtschaftlichen Produkte gemeinsam verteilen. Die Grenzkonflikte können nur in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Völkern gelöst werden. Die lokalen Despoten müssen gestürzt, multiethnische Räte eingesetzt und sozialistische Regierungen aufgebaut werden. Der Schlüssel für eine positive Zukunft liegt im gemeinsamen Kampf für eine zentralafrikanische, sozialistische Föderation.

Hier könnte die österreichische ArbeiterInnenbewegung, gemeinsam mit den französischen KollegInnen eine wichtige Rolle spielen. Sie müsste durch Massenmobilisierung den Kriegseinsatz stoppen und durch internationale Solidarität eine sozialistische Entwicklung in der Region fördern.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr
Programm!**

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at